

Resolution zur Flüchtlingspolitik

Landesvorstand der BayernSPD am 13.09.2015

Seit Monaten erbringen die Städte, Landkreise und Gemeinden gemeinsam mit zahlreichen Organisationen und dank der Hilfe von Ehrenamtlichen große Leistungen, um die nach Deutschland flüchtenden Menschen nicht nur unterzubringen, sondern ihnen auch die ersten Schritte in die Gesellschaft zu ermöglichen. Besonders grandios ist die Leistung, die seit dem letzten Wochenende in München und in vielen bayerischen Kommunen erbracht wird, um den zahlreichen dort ankommenden Flüchtlingen eine Erstversorgung zukommen zu lassen.

Das individuelle Recht auf Asyl ist ein nicht verhandelbares Recht. Eine Verschärfung wird es mit der SPD nicht geben. Menschen in Not – auch unabhängig vom Grund ihrer Flucht – aufzunehmen und gut zu versorgen ist eine humanitäre Pflicht. Es ist erfreulich zu sehen, von wie vielen Menschen diese Sicht geteilt wird, wie viele sich einbringen, um dies zu gewährleisten – ob ehrenamtlich oder beruflich und weit über die arbeitsvertraglichen Verpflichtungen hinaus.

Es gibt aber auch Menschen, die Zuwanderung ablehnen. Bei einigen handelt es sich dabei um eine diffuse Angst vor Fremden und ein Gefühl dadurch benachteiligt zu werden. Dies lässt sich durch Aufklärung und die tägliche Erfahrung überwinden. Bei anderen ist es schlichte Menschenfeindlichkeit, Hass und Rassismus. Diese Menschen schrecken oft nicht vor Gewalt gegen geflüchtete Menschen zurück.

Die Zukunft einer offenen Gesellschaft entscheidet sich auch daran, dass es gelingt Menschen, die mit ihren Ängsten anfällig für ausländerfeindliche Parolen sind, davon abzubringen. Deshalb ist es unverantwortlich von führenden Politikerinnen und Politikern der CSU, die Argumente der Menschenfeindinnen und -feinde aufzugreifen und damit bei den Unentschlossenen den Eindruck zu erwecken, die Argumente der extrem Rechten seien fundiert. Dies gilt für die dumpfen Parolen zur drohenden Überforderung genauso wie für die nicht belegte Behauptung, unter den geflüchteten Menschen befänden sich Terroristen und Terroristinnen. Es ist beschämend, dass eine Partei, die sich in ihrem Namen auf christliche Werte beruft, durch ihre Wortwahl den Schulterschluss zu nationalistischen Parteien wie Victor Orbans Fidesz in Ungarn oder dem Front National der Le Pens in Frankreich sucht. Wer sich den unmenschlichen Umgang der ungarischen Regierung mit Flüchtlingen und Minderheiten zum Vorbild macht, spielt mit dem Feuer.

Selbstverständlich gilt: Die große Zahl von Menschen, die in unser Land fliehen, stellt eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar. Sie bringt Kommunen wie Ehrenamtliche an Belastungsgrenzen – die Kommunen auch deshalb, weil sie seit Jahrzehnten unterfinanziert sind. Die richtige Antwort darauf ist aber nicht, die Rechte der Flüchtlinge und insbesondere das Asylrecht einzuschränken. Neue Strukturen müssen schnell so entwickelt werden, dass die Aufnahme der Flüchtlinge geschultert werden kann.

Dafür ist unter anderem notwendig:

- die sofortige Einrichtung weiterer „Ankunftszentren“, welche die Stadt München bei der Ankunft der Flüchtlinge entlasten; hier sind die anderen Bundesländer und die Bundesregierung in der Verantwortung, unverzüglich zu handeln und ihre Solidarität zu zeigen;
- die möglichst schnelle europaweite Einigung auf ein Asylsystem, das alle Mitgliedsstaaten in die Pflicht nimmt und humanitäre Standards gewährleistet;

- das Schaffen von Möglichkeiten, außerhalb der EU Asyl zu beantragen (z.B. in den Botschaften) und bei gestelltem Antrag legal in die EU einreisen zu können. Ebenso notwendig sind sichere europäische Fluchtrouten, damit Menschen auf der Flucht sich nicht mehr in die Hände von Schleppern begeben müssen;
- eine Wohnungsbauoffensive, um die überlasteten Wohnungsmärkte (die dies auch ohne Flüchtlinge bereits wären) zu entlasten. Hierzu notwendig ist eine Aufstockung der Wohnungsbauförderung des Bundes auf 2 Mrd. Euro, ein erleichtertes Förderpooling von Wohnungsbau- und Städtebauförderung und eine Umstellung in der Förderung vom Zinsverbilligungsmodell auf echte Zuschüsse pro Quadratmeter Neubauwohnung.
- eine Integrationsoffensive und den Abbau von bürokratischem Aufwand sowie die Beschleunigung von Asylverfahren, ohne das individuelle Recht auf Asyl gemäß unserem Grundgesetz zu beeinträchtigen;
- die Stärkung der kommunalen Finanzen, auch damit diese die notwendigen hauptamtlichen Strukturen erweitern können, die langfristige ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen erst ermöglichen.

Gerade auch die bayerische Staatsregierung und die CSU als Teil der Bundesregierung sind gefordert, hier endlich zu handeln. Statt rechtspopulistischer Parolen ist Regieren angesagt. Unter anderem fordern wir unverzüglich die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern, mehr Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, die Einstellung von mehr Verwaltungsrichtern und mehr Polizisten, mehr Geld für Rettungsverbände und Feuerwehren!